

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortlicher Redakteur: Hermann
Kunze. Druck: Druckerei
Kunze, Dresden, Poststraße 10.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Mai 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark, 1,80 Mark.
Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite
Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne
Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg., Obergänge 10 Pfg. Zusam. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Poststraße 38/40.
Telefon 1111.
Druck u. Verlag von Dietrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Pfingst-Montag: Haus-Ball

Beginn 7.30 Uhr — Gesellschaftsanzug

Plätze werden nur gegen vorher entnommene Tischkarten reserviert.

I. und II. Feiertag Tafelmusik

Berzweiflungsschrei der Tiroler Mütter.

Eine erschütternde Botschaft der Tiroler Frauen an die deutsche Schutzbundtagung. Neue Verhandlungen zur Regierungsumbildung in Preußen. — Die Aufrollung der deutschen Flaggenfrage.

Die Schutzbundtagung in Münster.

Münster, 29. Mai. Die erste Vollversammlung der diesjährigen Schutzbundtagung wurde heute unter starker Beteiligung in der Stadthalle in Münster eröffnet. Der Präsident des Schutzbundes, Ministerialdirektor Gsch. hielt die Teilnehmer herzlich willkommen. Im Auftrag der Reichsregierung überbrachte der Ministerialrat Tiedien der Versammlung die Grüße der Reichsregierung. Die Abhaltung der diesjährigen Tagung im Inneren des Reiches habe, wie er hervorhob, die ganz besondere Teilnahme des Reichsinnenministers Schiele gefunden, der lebhaft bebaure, nicht persönlich teilnehmen zu können. Der Reichsinnenminister, der im Staatsaufbau des Reiches seine wichtigste Aufgabe sehe, bedürfe dazu des

Karlen Rückhalt in dem wachen deutschen Volkstum.

das sich keines großen Wertes bewußt sei, und im Inneren wie im Innern die Einheit über alles sehe. Dem Kampf gegen die deutsche Kultur, der leider auch im inneren deutschen Gebiet und nicht eripart zu blitzen scheint, müsse das hohe Ziel eines einheitlichen Nationalbewußtseins um so lebendiger gegenüberstehen. Daher seien die Führer der arbeitsauslanddeutschen Arbeit in erster Linie berufen, an diesem Ziele mitzuarbeiten.

Es folgte weitere Begrüßungsansprachen.

An die weiblichen Teilnehmer der Schutzbundtagung ist eine von vielen Frauen Südtirols unterzeichnete Botschaft eingegangen, in der es u. a. heißt:

Deutsche Schwestern, hört unseren Berzweiflungsschrei.

Wir können das Uebermaß der Unterdrückung, der Demütigung und Kränkung nicht mehr ertragen. Seit fast sieben Jahren hält ein aramischer Feind unser Land nieder. Jede Freiheit ist darin erloschen, jede Freude erstickt. In dumpfer Trauer sehen wir Tag für Tag unser Volkstum in Brand und Sprache geknebelt, das Andenken unserer Väter vernichtet, das Erbte Tiroler Ruhmeszeiten geschändet. Nun raubt uns der Feind noch unsere Kinder. Auch und schamlos, reißt er sie von unserem Herzen und erfüllt in welchen Schulen ihren Sinn mit dem Geist der Entzweiung und der Mißachtung der eigenen Nation. Wir deutschen Mütter haben keine Waffen gegen solche Verbrechen, nicht einmal die zweiährigen dürfen wir in den Kindertagesstätten nach unserem Sinn bilden, nicht einmal nach den Schulstunden dürfen wir unsere Kinder deutschen Lehrern ausliefern, damit sie unsere Muttersprache lernen. Niemand von den Mächtigen der Erde schenkt diesen wunden Wunden auch nur leiseste Beachtung. Schwestern, ruft hinaus, daß es die Staatsbürger Deutschlands und Oesterreichs vernehmen, und daß sie oder sonst jemand im Namen der Menschlichkeit die Schande Italiens in die Welt schreien. Deutsche Schwestern, veracht uns nicht!

Die Aenderung der sächsischen Gemeindeordnung beschlossen.

In der Freitagssitzung des Sächsischen Landtages wurde, wie einem Teil der Leser bereits mitgeteilt werden konnte, die Vorlage über die Aenderung der Gemeindeordnung in dritter Lesung endgültig angenommen. Für die Aenderung stimmten 67, dagegen 23 Abgeordnete.

Der scharf umkämpfte Gesetzesentwurf hatte am Dienstag infolge der Obstruktion der Linksozialisten und Kommunisten zu einer ununterbrochenen Aenderungsdauer von etwa 24 Stunden Dauer geführt. Der Bericht über die Landtagssitzung befindet sich auf Seite 5.

Italienische Gemeindefunktionäre für die südtiroler Gemeinden.

Berlin, 29. Mai. In Südtirol ist ein Ausnahmefall gegen die Deutschen erlassen worden, das die Frage der Gemeindefunktionäre regelt. Der Gemeindefunktionär ist die wichtigste Person in vielen Gemeinden und daher verlangt die italienische Presse schon längst, daß den deutschen Gemeinden italienische Sekretäre aufgegeben würden. Nun ist dies geschehen. Der Gemeindefunktionär wird in Südtirol nicht mehr von der Gemeinde, sondern vom Präfekten ernannt, und kann wie ein Beamter beliebig von einer zur anderen Gemeinde gesandt werden.

Polens unsittliche Minderheitspolitik.

Warschau, 29. Mai. Der Präsident der Republik hatte in den letzten Mittagsstunden Thugut empfangen, um noch einmal die Möglichkeit seines Verbleibens in der Regierung zu erörtern. Nach dem Scheitern dieser Bemühungen beschloß der Präsident, die Demission Thugutis anzunehmen.

Gestern in den Abendstunden unmittelbar nach seiner Demission gab Thugut eine Erklärung an die Presse, in der er einen Ueberblick über die Schwierigkeiten gab, denen er während seiner Ministerzeit begegnet sei. Er sagte, obwohl sich in der Minderheitsfrage nicht zu anspruchsvoll gewesen bin, ist es mir nicht gelungen, auch nur die bescheidensten Forderungen durchzuführen. Ich habe nur verlangt, daß die bestehenden Gesetze durchgeführt werden und die Verfassung eingehalten wird. Inzwischen haben sich während meiner Amtszeit die Zustände in den Gefängnissen verschlechtert. Den hochentwickelten ukrainischen Genossenschaften sind Kredite von der Regierung verweigert worden. Viele niedere Beamte im Ministerium des Innern zeigen eine beispiellos geringe Achtung vor den Gesetzen, so daß in der Verwaltung das System der Fälschungen, der Verschönerung, des Mißbrauchs und der Willkür eingerissen ist.

Uferlose sächsische Staatswirtschaft.

Weit über die Grenzen der in erster Linie betroffenen Stadt Leipzig hinaus hat der spontane Kampf Leipzigs um die Harth, den einzigen Kadelwald in der Umgebung Leipzigs, der, weil er unter der Erdoberfläche wertvolle Braunkohlenschätze birgt, von den Kohlenabbauplänen der staatlichen Sächsischen Werke bedroht wird, die Gemüter in Wallung gebracht. Und da niemand den unermesslichen Wert und die unbedingte Notwendigkeit ausgebeuteter Wald- und Grünflächen in der Nähe der Großstädte leugnen kann, weckt die scharfe Abwehr der Leipziger Bevölkerung die Sympathien der großen Masse im ganzen Lande. Man braucht ja nur daran zu denken, wach ein Sturm der Entrüstung sich in Dresden erheben würde, wenn man sich mit Plänen trüge, die der Dresdner Bevölkerung die Heide zu rauben drohen. Es ist darum eine Selbstverständlichkeit, daß, wenn ein allmählicher Abbau der Kohlenstätte der Harth unvermeidlich werden sollte, der Leipziger Bevölkerung vollständiger Ersatz geschaffen werden muß. Und wenn man berücksichtigt, daß sich infolge weitgehender Versprechungen des Finanzministers Reinhold in Bezug auf eine Freigabe des Waldbestandes des von den Sächsischen Werken angekauften Rittergutes Jöbikler, auf eine Ausfuhr weiterer Flächen und sofortiger Neuaufstockung der abgebauten Harthteile eine bemerkenswerte Annäherung zwischen Leipzig und dem Finanzministerium vollzogen hat, so verleiht sich der Kern des ganzen vielgestaltigen Fragenkomplexes mehr nach der Seite der rechtlichen Unterlage der Harthabbaupläne, nach der Frage der Rentabilität des Abbaues und nach dem Umfang der staatswirtschaftlichen Dienstleistungen der Sächsischen Werke und ihres eigentlichen Wertes, des Finanzministers Reinhold. Keine noch so überzeugende Erklärung Dr. Reinholds, daß die Uebertragung des staatlichen Harthbestandes an die aus der staatlichen Finanzverwaltung losgelassenen Sächsischen Werke zu Recht erfolgt sei, kann darüber hinwegtäuschen, daß hier eine unzulässige Ueberschreitung der Ermächtigung vorliegt, die der Landtag durch Gesetz vom 30. Januar 1924 der Regierung erteilt hat. Die Ermächtigung zur Uebertragung staatlichen Besitzes an die Sächsischen Werke bezog sich nach diesem Gesetz auf „die staatlichen Braunkohlenwerke“. Da aber der Landtag aus der Begründung der Vorlage, die eine gleichzeitige Uebertragung auch der Kohlenfeldoberflächen empfahl, ausdrücklich die „Kohlenfeldoberflächen“ gestrichen hat, so ergibt sich daraus einwandfrei, daß es eine zu weitgehende Auslegung des Wortes Braunkohlenwerke bedeutet, wenn die Regierung sich auf Grund dieses Gesetzes ohne besondere Genehmigung des Landtages zur Uebertragung des Harthwaldes an die Sächsischen Werke für berechtigt hält. Hier wird der Landtag eingegriffen müssen, um eine Verletzung seiner Rechte zu verhindern.

Das sind bedeutende Fragen. Sie müssen aber in den Hintergrund treten vor der jetzt unbedingt notwendigen Aufhellung der in ihren letzten Zielen noch in magisches Dunkel gehüllten Staatswirtschaftspolitik Dr. Reinholds und vor der grundsätzlichen Klärung der Frage, wo die Grenzen einer volkswirtschaftlich wünschenswerten und begründbaren Staatswirtschaft abzustecken sind und wo ein gefährlicher grenzenloser Optimismus zu einer Ueberspannung des Staatswirtschaftsdenkens führt, der Aufgaben- und Leistungsfähigkeit eines Staatsbetriebes überschätzt. Als im Januar 1924 die Aktien-Gesellschaft Sächsische Werke, deren einziger Aktionär der sächsische Staat begründet wurde, geschah das in der Hauptsache zu dem begründbaren Zweck, die staatlichen Kohlenbergwerke und Energiequellen zusammenzufassen, eine einheitliche Organisation für die Erzeugung und die Verformung des ganzen Landes mit Strom für Licht- und Kraftzwecke zu ermöglichen billigen Preisen zu schaffen. Daß das einzelne private oder kommunale Betriebe nicht nach einem so einheitlich durchorganisierten Plan können, wie es ein mit großen finanziellen Mitteln arbeitender Staatsbetrieb vermag, liegt auf der Hand. Und von jeher ist darum auch neben der Verkehrs- die Energiewirtschaft als ein durchaus geeignetes Feld für staatswirtschaftliche Betätigung in weitestem Maße anerkannt worden. Niemand wird denn auch die großen wirtschaftlichen Vorteile einer Verwertung der großen Braunkohlenschätze verkennen, die darin liegen, daß man unmittelbar auf der Kohlenbasis, direkt am Geburtsort der Braunkohle große Kraftwerke errichtet, um durch ein Riesennetz von Hochspannungsleitungen die Energie zu Produktionszwecken ohne Transportkosten bis in den entlegensten Winkel des Landes zu verformen. Dieser Erzeugung verdankt in Ostpreußen das große Werk von Fischfeld sein Entstehen, und sie war maßgebend für die Bildung des Riesenkraftwerkes von Böhlen bei Leipzig, das keines

Die Umbildung des Preußentabinetts.

Die Vorbereitungen der Parteien.

Berlin, 29. Mai. Wie der deutschnationale „Tag“ berichtet, werden gleich nach Pfingsten die Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung offiziell wieder einsetzen, nachdem in den letzten Tagen eingehende Besprechungen zwischen Vertretern des Zentrums und der Deutschen Volkspartei stattgefunden haben. Soweit sich bis jetzt erkennen läßt, wird vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen auf der einen Seite und an die übrigen Parteien der Weimarer Koalition auf der anderen Seite die Aufforderung gerichtet werden, sich zum Plane einer überparteilichen Regierung zu äußern, zu der Zentrum und Sozialdemokraten je zwei, Demokraten und Wirtschaftspartei je einen parteipolitisch gebundenen Minister entsenden sollen, während zwei Mitglieder des Kabinetts der Deutschnationalen und eines der Deutschen Volkspartei nahestehen sollen, ohne jedoch an die Fraktionen parteipolitisch gebunden zu sein. Die deutschnationale Fraktion hatte diesen Vorschlag, der bereits vor der Abstimmung über das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Braun gemacht wurde, damals abgelehnt. Nach dem „Tag“ wird jetzt wahrscheinlich noch als Bedingung für die Bildung des Kabinetts die Forderung des Zentrums angenommen werden, daß die Sozialdemokraten für das Kabinett nicht den bisherigen Innenminister Severing namhaft machen. Man glaubt, daß die deutschnationale Fraktion dann ihre Zustimmung zu dem Verzuge eines solchen Kabinetts geben werde. Der neue Ministerpräsident soll auch nicht aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei, sondern aus den Reihen des Zentrums genommen werden, und zwar sollte eine Persönlichkeit gewählt werden, die die Sicherheit für eine überparteiliche Führung der Geschäfte bietet.

Wissenschaftler und Zollvorlage.

Berlin, 29. Mai. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fanden am 26. und 27. d. M. Besprechungen mit den hervorragenden Vertretern der Wirtschaft und Wissenschaft über die neue Zollvorlage statt. Bei der verschiedenartigen Einstellung zu dem Zollprojekt war es von vornherein nicht zu erwarten, daß die Zollvorlage der Regierung, insbesondere die in Aussicht genommenen Agrarzölle, eine einheitliche Zustimmung finden würde. Ueber einstimmige bestand zunächst darin, daß unsere Landwirtschaft zurzeit eine schwere und tiefgehende Krise durchläuft, und daß es andererseits mit Rücksicht auf die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für unsere gesamte Volkswirtschaft eine unbedingte Pflicht des Staates sei, mit allen Mitteln an die Beseitigung der Agrarkrise und eine Steigerung der Produktion hinzuwirken. Uebereinstimmung bestand ferner darüber, daß die bisherigen gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen, die einer Entwicklung der Landwirtschaft hindernd im Wege stehen, besonders die Umfassung und die Ausfuhrverbote baldmöglichst zu beseitigen seien. Nachdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß im Interesse der Landwirtschaft, wenn sie ungeschädigt bleibt, die in Frage kommenden Industriezölle, besonders die Eisenzölle, herabgesetzt werden müßten. Ein Teil der Wissenschaftler stellte sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Regierung, daß im übrigen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Agrarzölle nur zu vermeiden wären, wenn auch die Industriezölle entsprechend herabgesetzt oder ganz beseitigt würden. Sie verwahrten sich dagegen, daß einzelne Zölle ihrer früheren Stellungnahme aus dem Zusammenhang gelöst im Kampfe gegen die Zollvorlage benützt würden. Zum Schluß wurde noch besonders hervorgehoben, daß bei den Festsetzungen und Vorschlägen lediglich die rein wissenschaftliche Seite berücksichtigt worden sei.